



Die neue Putin-Doktrin

Prof. Dr. Eberhard Schneider

Juli 2014

Zusammenfassung

Der Kern des Ukraine-Konflikts ist der Versuch Putins, seinem Machtwillen dahingehend Geltung zu verschaffen, dass die Ukraine nicht das Recht hat, über ihre Außen- und Sicherheitspolitik sowie über ihr politisches System selbst zu entscheiden. Putin will, wie aus seiner Umgebung zu erfahren ist, die letzte Runde des Kalten Krieges noch einmal austragen, ganz egal, welche ökonomischen und politischen Kosten das für Russland hat. Putin ist der Meinung, dass die Sowjetunion damals den Kalten Krieg nicht verloren hat, sondern nur vor dem Westen kapitulierte. Den Zusammenbruch des Janukowitsch-Regimes Ende Februar in der Ukraine versucht Putin zu nutzen, um durch die erfolgreiche Annexion der Krim und den Versuch der Herauslösung der östlichen Gebiete aus der Ukraine den Westen zu zwingen, mit ihm auf Augenhöhe zu sprechen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

Der Kern des Ukraine-Konflikts ist der Versuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Geltung der Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität wiederherzustellen. Während sich diese Doktrin des damaligen KPdSU-Generalsekretärs auf die osteuropäischen Länder bezog, die über ihre Außen- und Sicherheitspolitik sowie über ihr politisches System selbst entscheiden wollten, zielt die neue Putin-Doktrin auf die ehemaligen Sowjetrepubliken.

Für Putin ist der Zerfall der Sowjetunion laut seiner Aussage vom 25. April 2005 die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts, die er persönlich offensichtlich bis heute nicht verarbeitet hat. Putin geht es – wie aus seiner Umgebung zu vernehmen ist – nicht primär um die Wiederherstellung der Sowjetunion – manche ihrer Teile hält der Kreml inzwischen für eher unbedeutend –, sondern letztlich darum, die „letzte Runde des Kalten Krieges neu auszutragen“.

Der Zusammenbruch des Janukowitsch-Regimes am 21. Februar führte Putin wohl schockartig vor Augen, dass es im politisch und ökonomisch wichtigen Nachbarland Ukraine möglich ist, dass es die Zivilgesellschaft nach monatelangem Kampf und unter großen Opfern – auch an Menschenleben – schafft, mit dem Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats beginnen zu können, der sich an europäischen Werten orientiert. Spätestens dann dürfte Putin klar geworden sein, dass die Menschen in den Nachfolgestaaten der UdSSR das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Modell der Europäischen Union attraktiver finden als das russische.

Putin beklagte immer wieder, dass niemand ein Interesse daran hat, mit Russland auf Augenhöhe zu reden. Russland möchte als Großmacht ernst genommen werden. Wenn Europa und die USA – dass die Menschen in der Ukraine mehrheitlich nach Europa wollen, geht offensichtlich nicht in seinen Kopf – die Ukraine in das westliche Lager „ziehen“, dann ist das für ihn nicht nur die Überschreitung einer roten Linie, sondern das Betreten einer absoluten Tabuzone. Darauf reagiert er hart und nimmt dabei keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Kosten, welche die Beschädigung der Beziehungen zum Westen für Russland haben werden.

Für Putin hat sich – so kremlnahe Analytiker – das bisherige Modell der Beziehungen Russlands zum Westen erschöpft, das sich seit Gorbatschow von dem Grundsatz leiten ließ, dass ein konstruktives Verhältnis zum Westen – trotz aller Differenzen in Teilfragen – ein Wert an sich und unentbehrlich für Russlands Sicherheit ist. Dieses Modell hat Russland letztlich wenig gebracht, weil es davon keine wirklichen Vorteile hatte, da Moskau unfähig war, seine Integration in die internationale Politik und Wirtschaft nachhaltig zu nutzen.

In einer – eigentlich – emotionalen Reaktion nutzte Putin die Schwäche der neuen ukrainischen Regierung Ende Februar und entwand ihr innerhalb von zehn Tagen handstreichartig – ohne dass ein Schuss fiel – die Krim unter Verletzung des Budapester Memorandums von 1994, das Russland, die USA und Großbritannien mit der damaligen drittgrößten Atommacht Ukraine geschlossen hatten. Gegen Abgabe ihrer Atomwaffen garantierten sie damals dem Land seine Souveränität und territoriale Integrität. In der Ost-Ukraine meint nun Putin, diese Einverleibungspolitik fortsetzen zu können. Mit der Annexion der Krim öffnete Putin die Pandora-Büchse der territorialen Umsetzung des russischen Nationalismus.

Putin will durch sein Vorgehen in der Ost-Ukraine erzwingen, dass der Westen mit ihm auf Augenhöhe spricht. Zudem will er Russlands politisches und ökonomisches Gewicht erhöhen, indem er die Eurasische Union gründet. In ihr dürfte es allerdings keine wirkliche Integration geben, weil Russland aufgrund seiner dominierenden



Größe integrationsunfähig ist und die eurasischen Teilnehmerländer zu disparat sind. Die Ukraine sollte ursprünglich dabei sein, deshalb die Wut Putins. Doch trotz des EU-Assoziierungsabkommens wäre ein Freihandelsabkommen der Ukraine auch mit der Zollunion, dem wirtschaftlichen Vorläufer der Eurasischen Union, möglich, nur nicht die Mitgliedschaft der Ukraine in dieser.

Die Europäische Union nahm mit ihrer Politik der Östlichen Partnerschaft den Wunsch der östlichen Länder auf, sich in Richtung Europa zu bewegen. Mit deren Assoziierung bietet sie den ehemaligen Sowjetrepubliken einen Ersatz für deren EU-Mitgliedschaft an, die kurz- und mittelfristig, wenn nicht gar langfristig – auch wegen der Rücksichtnahme auf Moskau –, nicht erreichbar ist. Der Kreml wertet diese Politik als gegen Russland gerichtet, obwohl die Europäische Union seit Jahren mit Moskau über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und eine Freihandelszone verhandelt. Unter Präsident Dmitrij Medwedew vereinbarte die EU mit Russland eine Modernisierungspartnerschaft, von der Putin nichts mehr wissen will, weil sie auch gesellschaftliche Elemente mit einschloss.

Die USA unterstützen die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union. Unter Präsident George W. Bush wollten sie 2008, dass die Ukraine NATO-Mitglied wird, neben Georgien, obwohl das im Falle der Ukraine rechtlich gar nicht gegangen wäre, da auf dem Territorium eines NATO-Mitglieds keine NATO-fremden Truppen stationiert sein dürfen, was mit der russischen Schwarzmeerflotte im Krimhafen Sewastopol der Fall gewesen wäre. Warum Putins plötzliche Anti-NATO-Hysterie? Im Februar 2013 betrachtete Russland nach den Worten des Stellvertretenden Generalstabschefs, General Wladimir Sarudnikij, die NATO nicht als potentiellen Gegner. Außerdem hatte das ukrainische Parlament unter Präsident Viktor Janukowitsch früher beschlossen, dass die Ukraine keinem militärischen Bündnis beitrifft.

Wenn Putins Verhalten im Ukraine-Konflikt auf der grundsätzlichen Entscheidung beruht, mit dem Westen die letzte Runde des Kalten Krieges erneut auszutragen, um sich so seine Akzeptanz auf Augenhöhe zu erzwingen und dabei keine wirtschaftlichen und politischen Kosten zu scheuen, dann nützen Sanktionen nichts, wenn sie das Ziel haben sollen, Putins Verhalten zu ändern. Sein Wirtschaftsberater Sergej Glasjew, der auch für die Schaffung der Eurasischen Integration zuständig ist, fordert ohnehin die „Entwicklung einer stärkeren Plan-Marktwirtschaft“ und „maximal“ den Weg der „Annäherung an den Osten zu gehen, besonders an das kommunistische China“.

Putin ist mächtiger als zu Sowjetzeiten der KPdSU-Generalsekretär, der irgendwie in die kollektive Führung des Politbüros eingebunden war. Wenn er eine zu abenteuerliche Politik betrieb wie Nikita Chruschtschow 1958 mit seinem Berlin-Ultimatum und 1962 in der Kuba-Krise, dann wurde er – wie Chruschtschow 1964 – gestürzt. Putin ist niemandem und keiner Institution rechenschaftspflichtig. Lediglich durch ein mehrstufiges Impeachment-Verfahren könnte er abgelöst werden, aber nur, wenn dem Präsidenten Hochverrat oder ein anderes schweres Verbrechen vorgeworfen werden kann. Die russischen Oligarchen sind gegen die neue nationalistische Politik Putins und haben schon aufgrund des vorsichtiger gewordenen Unternehmerverhaltens infolge der Sanktionen Milliarden verloren. Sie fürchten sich allerdings, auf Putin einzuwirken, denn ihnen steckt noch der Fall Chodorkowskij in den Knochen.

Was will Putin? Wenn er die gesamte Ukraine nicht unter seine Kontrolle bringen kann, dann wenigstens die Ost-Ukraine. Und wenn das auch nicht geht, dann will er das Land in einem dauernden Schwebzustand zwischen Krieg und Frieden halten, damit es keine Kraft hat, das Assoziierungsprogramm mit der EU umzusetzen und einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen. Dann kann er verkünden, dass das Assoziierungsprogramm



gescheitert ist und damit das europäische Modell. Für die beiden anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, die ebenfalls den Weg der EU-Assoziierung gehen wollen, soll das eine Warnung sein: Sie müssen dann mit Krieg in ihren Ländern rechnen, in Moldowa vonseiten seines abtrünnigen Teils Transnistrien, wo schon russische Truppen stationiert sind, und in Georgien vonseiten seiner beiden mit Moskau liierten abgespaltenen Provinzen Abchasien und Südossetien.

Putin geht davon aus, dass der Westen wegen der Ukraine keine massive Konfrontation mit Russland wagen wird. Am Beispiel der Sanktionen wird deutlich, wie intensiv Russland schon in die Weltwirtschaft integriert ist. Dies wurde in den letzten beiden Jahrzehnten von beiden Seiten intensiv betrieben, nicht nur um zu verdienen, sondern auch, um langsam ein Geflecht zu schaffen, welches das Ausbrechen von ernsthaften Konfrontationen verhindern soll. Wie sich jetzt zeigt, nützt das nichts, wenn eine Seite aus psychologisch-machtpolitischen Gründen, die sie mit der Werteproblematik überhöht, auf Konfrontationskurs geht und die sich daraus für sie ergebenden politischen und ökonomischen Nachteile nicht scheut.

Sanktionen des Westens können demnach nur den Sinn haben, Putin wegen der Krim-Annexion und der waffenmäßigen sowie personellen Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine zu bestrafen und ihm klar zu machen, dass er, wenn er so weitermacht, mit härteren Sanktionen zu rechnen hat, die dann wirklich schmerzen. Außerdem sind Sanktionen ein Akt der Solidarität mit der Ukraine, die den europäischen Werten folgen will und dafür einen Krieg im Ostteil ihres Landes in Kauf nehmen muss.

Und damit sind wir bei der Europäischen Union, die sich auf keine Sanktionen gegen Wirtschaftssektoren einigen kann, weil die größeren EU-Länder Wirtschaftsbereiche ausgenommen sehen wollen, in denen sie im Russlandgeschäft gut verdienen wie z.B. Großbritannien den Finanzsektor, Frankreich die Rüstungsindustrie und Deutschland den Russlandhandel insgesamt. Solange der Westen, insbesondere die Europäische Union, wegen ihrer intensiveren Verflechtung mit der russischen Wirtschaft – im Vergleich zu den USA – nicht bereit ist, die negativen Sanktionsfolgen für seine Wirtschaft hinzunehmen, vor allem wenn Russland als Revanche auf die westlichen Sanktionen ebenfalls Sanktionen gegen westliche Firmen verhängt, die in Russland aktiv sind, wird Putin in der Ukraine nicht zu stoppen sein.

Nachtrag

Doch dazu ist die Europäische Union inzwischen bereit. Moskau wird mit Trotz reagieren und der Bevölkerung gegenüber ein mögliches Absinken ihres Lebensstandards – schon allein infolge der bereits stattfindenden Stagnation des russischen Wirtschaftswachstums – propagandistisch über die Massenmedien auf die westlichen Sanktionen schieben und wohl bis zu einem gewissen Grad ihre Solidarisierung mit der politischen Führung erreichen.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Dieser erschien erstmalig am 27. Juli 2014 in der „Neuen Zürcher Zeitung am Sonntag“.



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider